

Das Wichtigste in Kürze von der SD/JSD-1.-August-Feier in Wettingen.

Dragan Najman, unser Badener SD-Grossrat begrüsst die bunt gemischte Gästeschar herzlich und führte als Conférencier bravoureus durch's Programm. Eine Krawatte oder Fliege trug er dabei nicht. Dass er sich im roten Baumwollleibchen mit grossen weissem Kreuz drauf präsentierte, passte übrigens perfekt zu diesem Anlass.

Sogleich stimmte er mit allen andern zusammen die Nationalhymne an.

Ueli Brassler, SD-Zentralpräsident, liess es sich nicht nehmen in seinen Begrüssungsworten die Mitglieder der schweizerischen Parteileitung vorzustellen (nur wenige fehlten ferienhalber!). Hierbei erklärte er auch – sichtlich mit etwas Wehmut – dass wohl vielen Mitbürgern der politische Kampf der SD bekannt sei und auch geschätzt werde. Zu viele Mitbürger nehmen aber bei Abstimmungen und Wahlen gar nicht mehr teil. Erfreulich sei hingegen, dass sich unter den im Saal Anwesenden doch einige junge Schweizer Patriotinnen und Patrioten befinden. Er wünschte allen eine schöne gemeinsame Feier!

Marco Schällmann, Präsident der JSD Nordwestschweiz, erinnert in seinem Kurzreferat daran, dass nicht alle in der Schweiz lebenden Ausländer in einen Topf zu werfen seien. Jene, die sich den hiesigen Sitten und Lebensgewohnheiten anpassen und ein normales Leben führen, sind zu akzeptieren. Andere hingegen, die aufgrund ihres Verhaltens meist nur Schwierigkeiten verursachen, müssten ohne langes Hin und Her aus dem Land gewiesen werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist bei der Integration ein „Muss“. Zudem ist die Schweiz ein Sonderfall, da bei uns vier Sprachen (deutsch, französisch, italienisch und rätoromanisch) als Landessprachen anerkannt sind. Unverständlich findet er es, wenn bei uns insbesondere kommunale oder kantonale Behörden, z.B. Informationsschreiben an die Einwohner in 6 bis 10 Sprachen übersetzt werden - um auf diese Art die bei uns lebenden ausländischen „Mitbürger“ zu erreichen. Die zentralen Bemühungen für eine wirkliche Integration (Sprache erlernen!) müssen von den bei uns lebenden Ausländern selbst kommen und nicht von Behördenseite...

René Kunz, SD-Kantonalpräsident des Kantons Aargau und erstmals vor wenigen Wochen gewählter SD-Grossrat aus Reinach, legte in seinen Ausführungen unter dem Titel - „**Meine ersten Erfahrungen im Grossen Rat**“ klar dar, dass er als gewählter Volksvertreter eine Verantwortung gegenüber den Mitmenschen, der Natur und insbesondere gegenüber den Tieren zu erfüllen habe. Seit 6 Wochen gehöre er nun dem kantonalen Parlament an und habe schon einige Sitzungen miterlebt. Es sei wichtig, dass es ihm gelungen sei, mit Grossräten aus anderen Parteien erste Kontakte zu knüpfen. Es gehe dabei nicht darum, die Meinung unserer politischen Gegner zu übernehmen: Vielmehr ist es wichtig, auszuloten, wo und bei welchem politischen Sachgeschäft Mehrheiten im Sinne unseres Parteiprogramms auszumachen sind. Es sei auch schon bei Abstimmungen vorgekommen, so z.B. bei neuen Arbeitsgesetz, dass die beiden Schweizer Demokraten der arbeitnehmerfreundlichen Seite im Rat zum Siege verholfen haben. Bei Fragen um Recht und Ordnung im Staate unterstützen hingegen die SD-Vertreter eher das bürgerliche Lager... Die SD haben im Grossen Rat schon einiges zustande gebracht. In diesem Sinne lanciert die Kantonalpartei Aargau seit

einigen Tagen auch die Petition – „Tiere sind keine Ware“, die verlangt, dass das finanzielle Engagement des Kantons gegenüber dem kantonalen Tierschutzverein (heute jährlich 33000 Franken) verstärkt, d.h. verdoppelt werden soll. Erfreulicherweise haben die kantonalen Medien sehr positiv über die in letzter Zeit in die Wege geleiteten Aktivitäten, sei es nun diese Petition oder auch die schon eingereichten parlamentarischen Vorstösse der beiden SD-Grossräte, berichtet. Durch kontinuierliche, aufbauende Arbeit im Grossen Rat, wie auch in den einzelnen SD-Bezirkssektionen, lassen sich mit Sicherheit weitere Erfolge realisieren...

Markus Borner, Hauptredner, SD-Zentralvizepräsident zum Thema: „1. August-Feier – wie lange noch? Ja zur Zukunft Schweiz!“.

Es ist mir eine besondere Ehre am heutigen Geburtstag der Eidgenossenschaft eine Rede zu halten. Dies tue ich sehr gerne!

Ihr wisst, dass normalerweise Bundesräte an diesem Tag mit dem Halten von Ansprachen sehr engagiert sind. Ueli Maurer spricht gleich an 5 verschiedenen Orten. Benützt er hierzu wohl ein einziges oder gar sechs verschiedene Manuskripte? Die übrigen Bundesräte nehmen es gelassener. Diese üben sich lieber übers Jahr in grossen Reden und dies im In- und Ausland!

Die Realität in der Schweiz und noch mehr in den andern Ländern dieser Welt ist hart: Es ist generell wichtig, nicht nur das eigene Schicksal im Auge zu behalten, sondern stets auch kritisch über den Brillenrand hinaus zu schauen...

Als Schweizer Staatsbürger darf man nicht denken: „Was tut die Eidgenossenschaft für mich?“ – sondern umgekehrt: „Was kann ich für die Eidgenossenschaft, für die Gemeinde, für einen Verein, tun?“.

Meine Thesen sind hier nicht unbedingt politisch gemeint: In vielen Vereinen fehlen Vorstandsmitglieder; eine manche Nachbarin ist nicht mehr in der Lage den Müllsack selber vor die Haustür zu stellen. Erst vor wenigen Tagen retteten zwei Passanten in Basel eine in Schwierigkeiten geratene Schwimmerin im Rhein, indem beide in den Fluss sprangen und diese Frau aus ihrer Not befreiten. Auch die tägliche Berufsarbeit sollte von allen Werkstätigen optimal erfüllt werden; Minimalismus ist nichts Wert!

Scharf beobachtet!

Wenn es die Mobiltelefone nicht geben würde und vieles per Briefpost, Fax oder elektronischer Post übermittelt werden müsste, gäbe es auch weniger leeres Geschwätz (das erst noch viel Geld kostet). E-Mails können in Windeseile rund um die Welt verschickt werden. Dies ist aber nicht immer nur eine Wohltat. Missbräuche machen sich da auch breit!

Ich erhalte täglich etwa 30 – 40 E-Mails. Meist sind es Unerwünschte! Sie werden mir richtiggehend vor die Nase geknallt. Meist wollen „clevere“ Leute Geschäfte machen. So etwa mit Potenzmitteln für den Mann; exklusive Markenuhren, Software für Computer; Offerten zu hübschen und willigen Osteuropäerinnen usw.

Ich will damit sagen: Nicht nur in der Schweiz, nein – in der ganzen Welt machen sich Gauner breit!

Aber die ganz grossen Gauner sind in der Politik und der Wirtschaft!

„Achte eines jeden Mannes Vaterland, aber das Deinige das liebe!“

(Zitat von Gottfried Keller im vorletzten Jahrhundert).

Wenn ich mit Ausländern diskutiere (Touristen, Geschäftsleute usw.) erklären diese nicht selten, dass die Schweiz doch ihre politische Unabhängigkeit und direkte Demokratie bewahren solle. Die Schweiz sei klein, aber fein. Deren Bewohner hätten gute Tugenden!

EU-Botschafter Reiterer erklärte vor wenigen Tagen in einer Sonntagszeitung, dass die Schweiz (ohne EU-Beitritt) halt ohne Freunde sei und sich Probleme immer weniger im Alleingang lösen lassen...

Hat Herr Reiterer auch schon mal etwas davon gehört, dass die einzelnen Politiker und Staaten in der EU eine sehr egoistische Politik betreiben?

Ich denke, dass viele Probleme (UBS!, US-Forderungen wegen UBS-Kunden, freche Forderungen von Peer Steinbrück) derart eskalieren, weil unsere Bundesräte (bestimmt 6 von 7!), in ihrem Amte überfordert sind. Es handelt sich im Grunde genommen um mittelmässige Gemeindepolitiker und nicht mehr!

Die Aussage des 7. Bundesrates, dass die Schweizer Armee die Beste der Welt sein soll – ist leider auch nicht mehr als eine realitätsfremde Forderung! (die nicht einmal bezahlbar ist!).

Ersatzwahl im Bundesrat

Verschiedene Politikerinnen und Politiker wurden in der Zwischenzeit schon als mögliche Kandidaten präsentiert. Einige Kandidaten haben sich gar **selbst** auf den Schild gehoben. Eine FDP-Nationalrätin hat inzwischen ihre Kandidatur zurückgezogen. Anfangs meinte diese, dass sie die Bundesratsaufgaben erfüllen könnte, auch wenn sie noch nebenbei Mutter eines dreijährigen Kindes sei. Ein weiterer Kandidat spricht wohl französisch, nicht aber deutsch. Dafür beherrscht Pascal Broulis das Griechische perfekt! Die Genferin Brunschwig-Graf (haben wir nicht schon eine „weltgewandte“ Genferin im Bundesrat?) ist 59 Jahre alt. Sie ist ebenfalls für eine Erhöhung des Pensionierungsalters, wie der abtretende Bundesrat Couchepin. Frau Brunschwig-Graf möchte vermutlich – falls sie gewählt würde - auch bis 67 als Bundesrätin amten – hat aber keine Ahnung, welche gesundheitlichen Probleme ein Bauarbeiter in diesem Alter hat.

Toni Brunner, SVP-Präsident tritt ein für eine freisinnige Kandidatur, welche jedoch rechtsbürgerlich (sprich politisch nah bei der SVP) sein muss. Noch bei der letzten Ersatzwahl, als Ueli Maurer von der SVP gewählt wurde, verbat sich die SVP eine Einmischung in ihre Kandidaten-Vorauswahl. SVP-Mörgeli „öffnet“ z.Z. erneut eine Schublade in welcher die Unterlagen für eine Initiative - Volkswahl der Bundesräte - schlummerte. Früher, als die SVP mit zwei, resp. 1 ½ Vertretern in Bundesrat präsent war, war noch alles in Ordnung. Damals - keine Rede mehr von der Initiative für eine Volkswahl der Bundesräte. Jetzt ist die SVP im Bundesrat untervertreten und da spielt man wieder andere Töne auf der Trompete! Die SVP macht auch hier immer das, was ihr politisch am Meisten nützt!

Alles kurz zusammengefasst: Die kommende Bundesratsersatzwahl ist nicht mehr als eine Ämtlichchacherei! Jede Bundesratspartei will für die nächsten Gesamterneuerungswahlen ihre Sitze absichern!

Wenn man in der Privatwirtschaft die Führungskräfte so auswählen würde wie Bundesräte...es wäre eine Katastrophe! Es gilt doch:

Fähigkeiten sind gefragt und nicht das Parteibuch!

Internationale Politik

Diese ist noch schmutziger als die Schweizerische: Kürzlich trafen sich die Regierungschefs der G8-Staaten im italienischen l'Aquila in den Abruzzen. Diese Gegend wurde vor einigen Monaten von einem Erdbeben stark heimgesucht. Silvio Berlusconi sagte hierauf bei einem Besuch bei den in Zelten lebenden Opfern des Erdbebens: „**Das ist wie beim Camping!**“. Wir wissen es, Berlusconi ist weit besseren Komfort gewöhnt! Auch liess Berlusconi im Parlament in Rom schon verschiedentlich Gesetze ändern – dies zu seinem persönlichen Nutzen! Zu diesem Treffen in l'Aquila war auch der Präsident der OAU, (Organisation für Afrikanische Einheit) eingeladen: Moammar Gadaffy hiess dieser Ehrengast(?); der Libyer ist übrigens kein Unbekannter. Er ist schon seit Jahrzehnten an der Macht! Berlusconi hofierte diesen Diktator gar noch. Italien liefert als „Wiedergutmachung“ (da früher Kolonialmacht von Libyen) für mehrere Hundert Millionen Euros Maschinen und Geräte in den nordafrikanischen Wüstenstaat und wird auch Strassen bauen. Die Entourage von Berlusconi darf sich freuen. **Und bezahlen muss der italienische Steuerzahler!**

Libyen hat 5,6 Milliarden Franken von Schweizer Banken zurückgezogen, da die Genfer Strafbehörden den Sohn von Gadaffy nicht mit Samthandschuhen angefasst haben (dieser hat sich strafbar gemacht wegen Gewalt gegenüber Hotelangestellten). Wir alle wissen, dass die Tankstellenkette „Tamoil“ dem libyschen Staat gehört. **Auf diese Benzinabgabestellen können wir doch gut „verzichten“!**

In Afghanistan herrscht seit Jahren Kriegszustand. Mehrere europäische Staaten sind dort militärisch involviert. Die USA haben das Sagen! Den US-Konzernen geht es hierbei nicht um Menschenrechte, sondern um das Öl in den ehemaligen Sowjetrepubliken - südlich von Kasachstan und nördlich von Afghanistan gelegen. Das Öl soll für den Verlad mittels Pipelines durch Afghanistan nach Pakistan an die Küste des indischen Ozeans gepumpt werden. Tanker würden das Öl dann weiter transportieren. Es geht hier primär um wirtschaftliche Interessen und die folgsame und angepasste deutsche Bundeskanzlerin Angelika Merkel entsendet immer mehr deutsche Soldaten in die afghanischen Provinzen.

Bald sind in Deutschland Bundestagswahlen. Deutschland hat 5 Millionen Arbeitslose und die Regierungsparteien interessieren sich nicht ernsthaft um dieses Problem. Der SPD-Kanzlerkandidat Frank Steinmeier erklärte doch noch kürzlich, dass die SPD nach einer Regierungsübernahme 5 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen würde. **Ist dies nicht reiner Populismus?** Deutschland hat insgesamt demnächst einen Schuldenberg von Bund, Bundesländern und Gemeinden von 2000 Milliarden Euros! Wer soll eine solche Staatsverschuldung später noch in schwarze Zahlen umlagern können? Die Mehrwertsteuererhöhung wird in unserem nördlichen Nachbarland nicht auf sich warten lassen, aber erst nach der Wahl!

Das einzig positive in Deutschland ist, dass das deutsche Verfassungsgericht die Unterzeichnung des EU-Reformvertrages von Lissabon (vorübergehend) gestoppt hat, da die Rechte des deutschen Bundestages nicht leichtfertig nach Brüssel transferiert werden dürften. Eine jede heutige deutsche Regierung will ja Musterknabe in Europa sein. Diese Leute sind gar noch stolz, wenn sie ihr Vaterland dem Moloch EU zur Schlachtung vorführen dürfen. Was wollen denn unsere Bundesräte anderes?

Zurück in die Schweiz

Bei Geldverteilen ins Ausland ist unsere Landesregierung ebenfalls Meister. Man hat's ja! So stand u.a in der BaZ vom 23. Juli zu lesen: „Trotz Korruption in Rumänien und Bulgarien ist die Schweiz weiterhin bereit, beide Staaten mit total 257 Millionen Franken zu unterstützen... Die Gelder fliessen zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten 5 Jahre lang...“.

Im letzten März zählte man offiziell 140000 Arbeitslose in der Schweiz. Die Ausgesteuerten sind dabei nicht mit eingerechnet. Dazu kommen noch 60000 Kurzarbeitende! Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) erwartet für 2010 einen massiven Anstieg der Arbeitslosenrate. Heute ist schon jeder 25. Jugendliche arbeitslos. Erst kürzlich hat sich der Bundesrat geweigert, mit der Einführung der sogenannten **Ventil-Klausel** die Einwanderung aus den EU-Ländern etwas einzudämmen! Der Bundesrat tut heute das, was sich die Wirtschaftsbosse wünschen... Bereitstellung von Arbeitskräften in Hülle und Fülle!

Die Jahreslöhne nicht weniger Manager in der Wirtschaft repräsentieren auch eine spezielle Welt. Unsere Elite lässt grüssen:

Ulrich Gygi, oberster Chef der Post bezieht einen Jahreslohn von 829000 Franken (die Post wird in den nächsten Monaten auf die Mitarbeit von 600 Briefträgern verzichten). Andreas Meyer, SBB-Chef, erhält 1'084000 Franken (die Renten der früheren SBB-Angestellten sollen gekürzt werden); Armin Walpen, Radio- und Fernsehchef, (dessen „Abgang“ sich Roger Schawinski schon längst wünschte),

549000 Franken und nicht zuletzt Hans Rudolf Merz, Bundesrat mit 470000 Franken und als Zulage noch 12000 Franken, da er dieses Jahr noch als Bundespräsident amtiert.

Die Antizocker-Initiative des Trybols-Chefs Thomas Minder verursacht nicht wenigen Politikern in Bern Bauchweh, da diese der Polit- und Wirtschaftselite sehr ungelegen kommt...

Nicht wegschauen und verharmlosen

Schweizer Demokraten mit zu grossen Lohntüten sind mir keine bekannt. Bei den Wirtschaftsbossen sind Patrioten dünn gesät, denn bei all diesen Leuten kommt der persönliche Profit vor Heimatverbundenheit. Auch bei manchen grünen Politikern kommt das Fressen vor der Moral: Monika Stocker, die frühere Zürcher Stadträtin und Sozialvorsteherin hat wieder Fuss fassen können. In den letzten Monaten ihrer Amtstätigkeit war sie ja aus krankheitsbedingten Gründen nicht mehr im Büro. Die Probleme in ihrem Departement wuchsen ihr richtiggehend über den Kopf. Bekannt sind hierbei auch die wüsten Ausschreitungen autonomer Kreise, welche auch Autos der gehobenen Preisklasse abfackelten. Es zeigte sich dann, dass einige dieser Autos Sozialhilfeempfängern gehörten. Zum beruflichen Wiedereinstieg zitierte der Tagesanzeiger am 8. Juli folgende Aussagen von Monika Stocker: „Ich begleite Führungsleute aus sozialen Institutionen und politische Mandatsträgerinnen und –träger. Ich habe viel Erfahrung mit Macht, Strukturen, mit Medien“.

Diese grüne Ex-Politikerin passt ja perfekt ins Machtkartell!

Andern Politikern stellen sich Probleme ganz anderer Art:

Kürzlich wurden die Präsidenten der „grossen“ Basler Parteien befragt, ob denn in Basel mehr uniformierte Polizisten nötig seien um die Sicherheit zu gewährleisten (der Basler Polizeiverband vertritt diese Meinung!). Die SVP- und FDP-Vertreter erklärten, dass dies ein

Thema sei. Die Linken und der CVP-Präsident meinten hingegen, dass dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung im Stadtkanton mit dem heutigen Personalbestand genüge getan sei. Die Meinung bezüglich Unsicherheit sei vielmehr nur Gerede!

In Zürich wurde kürzlich ein Brüderpaar verhaftet, welches 528 Autos geknackt hat. Diesen konnten 600 Straftaten nachgewiesen werden. Die beiden Türken beschuldigen sich nun gegenseitig! Der Tagesanzeiger schrieb am 14. Juli hierzu: „Obwohl gegen die beiden schon letztes Jahr eine Strafuntersuchung wegen anderer – früher begangener – Keller- und Autoeinbrüche hängig war, schreckte dies die Brüder nicht gross ab. Sie gingen weiter auf Diebestour“.

Ich bin klar der Meinung, dass Politiker den heutigen Realitäten „ins Gesicht“ sehen müssen. Nicht erst, wenn das ganze Haus in Flammen steht. Es muss gehandelt werden und zwar frühzeitig und richtig!

Wir brauchen nicht noch mehr Gesetze; die Vorhandenen genügen. Diese müssen aber konsequent angewendet werden. Politiker und Behörden sollten sich auch vom gesunden Menschenverstand leiten lassen. Jahrzehntlang wurden z.B. Scheinehen toleriert. Jetzt endlich will man dagegen Massnahmen ergreifen!

Um den kriminellen Umtrieben – insbesondere von jungen Männern Herr zu werden, müssen Strafen ausgesprochen werden, die weh tun; keine bedingten Urteile mehr...

Das Strafmass muss allgemein erhöht werden. Bei Ausländern muss nach Verbüssung der Strafe die Ausschaffung realisiert werden!

Mobilität?

Diese ist vorteilhaft für die Wirtschaft, da Arbeitnehmer je nach Bedarf verschoben werden können. Auch kriminelle Elemente haben bei einer grossen Mobilität der Gesellschaft Vorteile... In Basel bleiben die Grenzposten nachts Richtung Deutschland und Frankreich unbesetzt. Ein Jeder kann unkontrolliert ein- und ausreisen! Wir haben allgemein zu viele Lastwagen und Autos auf unseren Strassen. Gewisse Autobahnabschnitte sind regelmässig überlastet. Auch zusätzliche Baustellen auf Autobahnen behindern den Verkehrsfluss. Bei den SBB diskutiert man gar über teurere Billette in den Hauptstosszeiten und billigere Billette während den übrigen Zeiten. Aufgrund der zu vielen Menschen, die in der Schweiz leben und parallel dazu noch der hohe Lebensstandard, wird permanent Raubbau an Umwelt und Natur betrieben. Die Überbevölkerung ist nicht nur ein brisantes Thema in vielen Staaten der dritten Welt, nein - vielmehr auch in verschiedenen europäischen Ländern, so auch in der Schweiz. Die Grüne Partei fährt Wahlerfolg um Wahlerfolg ein – obwohl diese Partei nicht konsequent ist. Die Bevölkerungsfrage ist bei diesen Leuten tabu!

Zur Zukunft unserer Partei

Wir haben ein 10-Punkte-Parteiprogramm mit klaren Aussagen zur Zukunft der Schweiz, sowie zur Natur-, Umwelt- und Wachstumsproblematik. Uns ist auch die Wahrung der eigenen Identität wichtig, Sozialabbau und Globalisierung lehnen wir hingegen ab. Auch haben vor Wahlen schon verschiedene neutrale Umfragen ergeben, dass unsere Parteiziele von breiten Bevölkerungskreisen unterstützt werden. Wenn diesen Leuten dann jedoch erklärt wird, dass sie eigentlich Anhänger der Schweizer Demokraten seien, dann heisst es plötzlich: „Das kann doch nicht sein – das darf nicht sein!“. **Weshalb reagieren viele Mitbürger so negativ?**

Wenn die Medien über die Schweizer Demokraten berichten:

- wird unsere Partei meist schlecht dargestellt,
- gar als fremdenfeindlich oder rechtsextrem,
- als unbedeutende Kleinpartei.

Ich sage: Der Mensch ist von Natur aus ein Opportunist. Jene, die dies nicht sind, das sind wenige! Wenn man dies erkennt, weiss man auch, weshalb die Schweizer Demokraten eine kleine Partei sind!

Eine Grundwahrheit ist leider auch, dass in der Politik viel gelogen, verdreht und „geschmiert“ wird. Auf Gemeindeebene lässt sich noch am ehesten etwas bewegen, da an einer Gemeindeversammlung nicht das Parteibüchlein zählt, sondern die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger.

Ein guter Rat an alle

Man darf doch als Staatsbürger nicht zu allem Ja und Amen sagen. Politik ist eine wichtige Sache. Deshalb ist es angezeigt, dass man sich gut informiert, um sich so eine eigene Meinung zu gesellschaftlichen Fragen bilden zu können. Es ist auch wichtig, die Meinung unserer politischen Gegner zu kennen! Ich erinnere mich an eine frühere PdA-Propaganda-Broschüre in Basel, worin immer geschrieben stand: **„Man muss die Meinung der Kommunisten nicht teilen, aber kennen sollte man sie!“**.

Wir Schweizer Demokraten sind politisch weder rechts noch links einzuordnen. Wir gehen einen eigenen Weg, den nationalen Weg!

Linkspolitiker sind und bleiben internationalistisch und die Bürgerlichen lassen sich leider zu stark durch wirtschaftliche Interessen leiten. Die Umwelt, Volk und Heimat, bleiben bei beiden Lagern auf der Strecke!

1.-August-Feiern wird es in der Schweiz noch so lange geben - welche diesen Namen auch verdienen – solange eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer für eine unabhängige, direkt-demokratische Schweiz eintreten.

Der neu gewählte US-Präsident Obama verwendete im Wahlkampf immerzu die Parole: „Yes, we can!“. Nach dieser Devise leben die Eidgenossen seit 1291 und dies ist (mit einigen Ausnahmen) eine Erfolgsgeschichte. Wir müssen unsere Grundwerte auch weiterhin hochhalten: Tüchtigkeit, Geradlinigkeit, im gesellschaftlichen Zusammenleben und in Familie und Beruf, Innovation, Seriosität und nicht zuletzt diplomatisches Geschick (wie im der Zeit des 2. Weltkrieges!) geben unserer Schweiz eine Zukunft.

Alles „Übergrosse“, politisch, wirtschaftlich und biologisch, bekommt eines Tages unlösbare Probleme. Das römische Reich, das britische Empire und andere Weltreiche mussten wieder zum Rückzug blasen. Auch Dinosaurier sind ausgestorben. Das kleine Eidechlein hat jedoch dank seiner Anpassungsfähigkeit während Jahrtausenden überlebt! Dieses entwickelt sich immer noch. Das „Yes, we can!“ gilt ebenso sehr für Mensch, Tier und nicht zuletzt für Staatswesen!

(stark gekürzte Rede)

Der Berichterstatter: B.O. Bachter